störenden Schutzrechten in anderen Staaten ist die nach den §§ 1 und 2 getroffene Entscheidung in einer vom Amt für Erfindungs- und Patentwesen festgelegten Form nachzuweisen.

(2) Zur Vermeidung von rechtlichen und ökonomischen Nachteilen, insbesondere zur Einhaltung der im Artikel 4 der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vorgesehenen Prioritätsfrist, haben die Generaldirektoren der Kombinate und die anderen im § 1 genannten Leiter zu gewährleisten, daß die für die jeweilige Rechtshandlung erforderlichen Unterlagen dem Amt für Erfindungs- und Patentwesen rechtzeitig, vollständig und versandfertig übergeben werden.

(3) Das Amt für Erfindungs- und Patentwesen ist in Wahrnehmung staatlicher Interessen berechtigt, im Zusammenhang mit den in den Absätzen 1 und 2 festgelegten Aufgaben der Anmelder Auflagen zu erteilen.

§5

In den Staaten, für die das „Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen“ vom 18. Dezember 1976 (GBl. II 1977 Nr. 15 S. 327) in Kraft getreten ist, wird der Schutz für Erfindungen auf der Grundlage dieses Abkommens begründet. Dazu übergaben die Kombinate die in diesem Abkommen geforderten Anmeldeunterlagen dem Amt für Erfindungs- und Patentwesen innerhalb einer Frist von spätestens 9 Monaten nach der Vornahme der Erstanmeldung innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik. Ist der Erwerb von Urheberscheinen vorgesehen, sind die erforderlichen Unterlagen in russischer Sprache zu übergeben.

§6

(1) Mit Verweis oder Ordnungsstrafe von 10 M bis 500 M kann bestraft werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig

— ohne die innerhalb der Deutschen Demokratischen Republik erforderliche Erstanmeldung eine Anmeldung in einem anderen Staat vornimmt,

— eine Schutzrechtsanmeldung oder eine andere Rechtshandlung in einem anderen Staat vornimmt, ohne daß die nach § 15 der Schutzrechtsverordnung und dieser Durchführungsbestimmung erforderliche Entscheidung vorliegt,

— die für eine Schutzrechtsanmeldung oder eine andere Rechtshandlung in einem anderen Staat erforderlichen Unterlagen nicht gemäß § 4 dem Amt für Erfindungs- und Patentwesen übergibt,

— beim Erwerb von Erfindungsschutzrechten in den Staaten, für die das „Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Urheberscheinen und anderen Schutzdokumenten für Erfindungen“ in Kraft getreten ist, die im § 5 festgelegten Anforderungen nicht erfüllt.

(2) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens obliegt dem Vizepräsidenten des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen.

(3) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 101).

§7

Diese Durchführungsbestimmung tritt am 30. April 1980 in Kraft.

Berlin, den 31. Januar 1980

Der Präsident
des Amtes für Erfindungs- und Patentwesen
Prof. Dr. H e m m e r l i n g

Anordnung
über die Transportbedarfsermittlung
und Transportbilanzierung
— Transportbilanzanordnung (TBAO) —
vom 4. Dezember 1979

Auf der Grundlage des Abschnittes D der Anordnung vom 28. November 1979 über die Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1981 bis 1985 (Sonderdruck Nr. 1020 des Gesetzblattes) wird im Einvernehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeordnet:

§1

Geltungsbereich

(1) Diese Anordnung gilt für

a) die Ministerien für

- Kohle und Energie,
- Erzbergbau, Metallurgie und Kali,
- Chemische Industrie,
- Elektrotechnik und Elektronik,
- Schwermaschinen- und Anlagenbau,
- Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau,
- Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau,
- Leichtindustrie,
- Bezirksgeleitete Industrie und Lebensmittelindustrie,
- Glas- und Keramikindustrie,
- Geologie,
- Bauwesen,
- Verkehrswesen,
- Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft,
- Handel und Versorgung,
- Materialwirtschaft

sowie deren Kombinate, Betriebe, wirtschaftsleitende Organe, Dienststellen, Genossenschaften und Einrichtungen (nachfolgend Betriebe genannt),

b) die Räte der Bezirke sowie der Kreise und deren Betriebe.

(2) Diese Anordnung regelt die Verfahrensweise der Ermittlung und Planung, des Transportbedarfs für den Gütertransport im Binnenverkehr einschließlich der Exporttransporte sowie die Bilanzierung der Transportraumkapazitäten zur Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985 sowie der Jahresvolkswirtschaftspläne.

(3) Die Ermittlung und Planung des Transportbedarfs für die Eisenbahn, die Binnenschifffahrt und den öffentlichen Kraftverkehr haben die Betriebe jeweils für den Verkehrsträger vorzunehmen, für den ein jährlicher Transportbedarf ab 1 000 t besteht.

(4) Die Ermittlung und Planung der Transportmenge für den Werkverkehr mit Kraftfahrzeugen sowie dessen Bilanzierung haben Betriebe durchzuführen, die über einen Werkfuhrpark ab 10 t Nutzmasse (bezogen auf Fahrzeuge ab 4 t Nutzmasse) verfügen.

(5) In die Transportbilanzierung des Werkverkehrs sind

- a) spezielle Fahrzeuge — das Verzeichnis wird im Tarif- und Verkehrs-Anzeiger (TVÄ) veröffentlicht —,
- b) Baumaschinen einschließlich Dumper (jedoch keine Kipper und andere Lkw),
- c) Fahrzeuge, die nur im Betriebsgelände oder auf nicht öffentlichen Straßen zum Einsatz kommen,

nicht einzubeziehen.